

Gastkommentar

# «Heisser» Herbst vor «kaltem» Winter?

Wir stehen mit grosser Wahrscheinlichkeit vor einem kalten Winter. Nicht nur, was die Aussentemperatur angeht oder Eis und Schnee. Auch für die Innentemperatur stehen die Zeichen auf Kalt. Nicht allein die Raumtemperatur, die von der Regierung in einer Art Vorreiterrolle auf vergleichsweise eher ungemütliche 19 Grad festgelegt wurde. Da stehen noch ganz andere Herausforderungen bevor, wenn sich einstellt, was in den letzten Wochen alles über Energieversorgung und Knappheit an Gütern vorausgesagt worden ist. Ganz abgesehen davon, dass die Seite der Arbeitnehmer bereits angekündigt hat, erhebliche Lohnforderungen zu stellen, um die Teuerung auszugleichen.

Lieferengpässe und enorme Preissteigerungen brachten viele Unternehmen in der akuten Coronaphase in grosse Schwierigkeiten. Kaum waren diese Probleme zum Teil behoben, öffneten sich mit dem Ukraine-Krieg neue Problemfelder. Weil derzeit noch nicht abgeschätzt werden kann, wie die Energieversorgung über den Winter sichergestellt werden kann, wurden die Wirtschaftsprognosen nach unten korrigiert. Das schweizerische Staatssekretariat für Wirtschaft rechnet in seinem neuesten Wirtschaftsausblick damit, dass sich die Konjunktur im Herbst und Winter in der Schweiz (und damit auch in Liechtenstein) deutlich abkühlen wird. Die Wirtschaft wird nach dieser Prognose im

«Für die bevorstehende kalte Jahreszeit dürften die Energiepreise und die Energieversorgung die grössten Probleme verursachen.»

Martin Meyer,  
Wirtschaftskammer Liechtenstein

laufenden Jahr ein geringeres Wachstum aufweisen, als noch in der Jahresmitte prognostiziert worden war. Und auch der Ausblick für das kommende Jahr sieht laut Staatssekretariat nicht rosig aus: Das Wachstum wird bei etwa 1,1 Prozent liegen, fast nur noch die Hälfte der Wachstumsprognose, die vor dem Ukraine-Krieg abgegeben worden war.

Zu schaffen machen den Unternehmen die massiv gestiegenen und voraussichtlich weiter steigenden Energiepreise. Doch die Preissituation ist nur eine Komponente der Unsicherheiten. Überall wird eine «Energiekrise in Europa» in die theoretischen Szenarien der kommenden Entwicklung miteinbezogen. Wie würden sich mögliche Gas-kontingentierungen auf die Wirtschaft auswirken? Welche

Auswirkungen hätten Probleme bei der sonst problemlosen Stromversorgung, beispielsweise wenn es zu Unterbrüchen kommen würde? In beiden Fällen müsste mit erheblichen negativen Auswirkungen für die Wirtschaft gerechnet werden – und damit für uns alle!

Die Energiepreise wirken sich in Preissteigerungen bei vielen Produkten aus. Die Inflation von aktuell 3,5 Prozent in der Schweiz und Liechtenstein hält auch das Staatssekretariat für Wirtschaft für aussergewöhnlich hoch. Ausserdem bleibt die Inflation nach Einschätzung dieser Experten hartnäckig auf hohem Niveau. Zwar prognostizieren sie für das kommende Jahr einen Rückgang, doch die Forderungen nach Ausgleich auf der Lohnseite sind bereits jetzt vorhanden. Der Interregionale Gewerkschaftsrat Bodensee hat kürzlich an einer Pressekonferenz in Schaan von einem «heissen Herbst» gesprochen und damit die Lohnforderungen angetippt. Der LANV forderte schon Mitte August: «Signifikante Lohnerhöhungen von drei bis fünf Prozent sind dringend notwendig!» Diese Forderung wurde mit zwei Begründungen unterlegt: Einerseits, um die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu erhalten, und andererseits, um den sozialen Frieden zu wahren. Wenn man Preissteigerungen, Materialknappheit, Lieferkettenprobleme sowie die Lohnforderungen betrachtet, kommt auf die Unternehmen eine

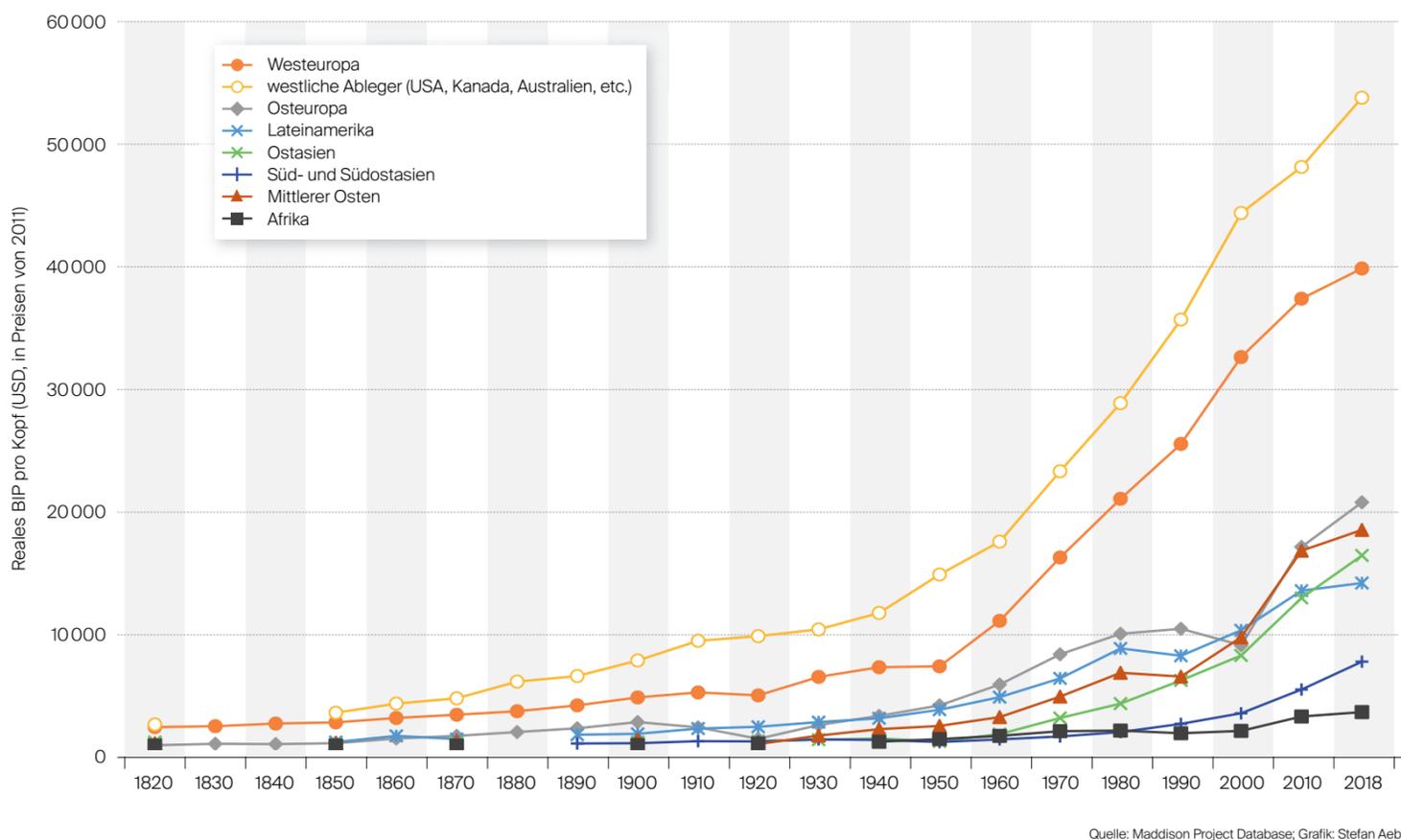
geballte Ladung an Herausforderungen zu. Nicht alle Unternehmen sind ohne Weiteres in der Lage, auf diese unterschiedlichen Anforderungen mit Reserven zu reagieren. Auch wenn die Nachfrage nach der akuten Coronaphase in den meisten Branchen gestiegen ist, hemmt auf der anderen Seite die Lieferprobleme und gestiegene Materialkosten die Entwicklung. Für die bevorstehende kalte Jahreszeit dürften die Energiepreise und die Energieversorgung die grössten Probleme verursachen. So verständlich die Forderungen nach Teuerungsausgleich und teilweise nach Lohnerhöhungen sind, auf längere Sicht ist niemandem geholfen, wenn einzelne Unternehmen ihre Tore schliessen müssen, weil dieser Aufwand nicht geleistet werden kann.

Vor diesem Hintergrund wird es am sinnvollsten sein, eine Auslegeordnung zu machen, was möglich und verkraftbar ist. Immer mit dem Gedanken im Hinterkopf, dass geopolitische Veränderungen und die damit verbundenen weltwirtschaftlichen Entwicklungen zusätzliche Unsicherheiten bergen könnten.



Martin Meyer,  
Präsident der  
Wirtschaftskammer  
Liechtenstein

## Grosse regionale Unterschiede des historischen Wirtschaftswachstums weltweit



Hohes Wirtschaftswachstum und damit ein langfristig konstanter Wohlstandsanstieg ist in der Menschheitsgeschichte ein eher neues Phänomen. So hat sich der Wohlstand gemessen am realen BIP pro Kopf gemäss Schätzungen des Wirtschaftshistorikers Angus Maddison zwischen dem Jahr 1

nach Christus und 1820 im Durchschnitt nur um etwa 0,02 Prozent pro Jahr erhöht. Ab dem 19. Jahrhundert nahm das weltweite Wirtschaftswachstum dann rasant Fahrt auf und betrug in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts rund 2,2 Prozent pro Jahr. Wie obige Abbildung zeigt, gibt es bezüglich

des Wohlstandswachstums aber grosse globale Unterschiede. Einige Weltregionen verzeichneten hohes Wachstum im letzten Jahrhundert (Europa und westliche Auswanderungsländer wie USA), während andere nur geringe Anstiege oder beinahe Stagnation (weite Teile Afrikas) aufwiesen.



Andreas Brunhart  
Ökonom am  
Liechtenstein-Institut

Gastkommentar

## Inflationsschutz?

Das Thema Inflation ist in aller Munde, denn das Leben in Liechtenstein und der Schweiz wird teurer. Im September kostete der durchschnittliche Warenkorb, den Herr und Frau Liechtensteiner einkaufen, 3,3 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Zudem werden die Krankenkassenprämien im kommenden Jahr um durchschnittlich 3,9 Prozent ansteigen, in der Schweiz um 6,6 Prozent. Dieses Umfeld wird in der Schweiz von verschiedenen Seiten als «Anzeichen für einen perfekten Sturm» bezeichnet. Die zusätzliche Belastung lasse den Haushalten immer weniger Luft zum Atmen. Entlastungen seien deshalb dringend notwendig, beispielsweise durch Preisobergrenzen, Senkung der Mineralölsteuer, Verbilligung der Krankenkassenprämien, einen «chèque fédéral» oder Rentenerhöhungen.

Ist ein Schutz vor der Inflation notwendig? Die Mehrbelastung eines Haushaltes durch höhere Preise und Krankenkassenprämien in Liechtenstein mit einem Bruttoeinkommen von 9500 Franken beträgt schätzungsweise 200 bis 250 Franken pro Monat. Unberücksichtigt sind allfällige Lohnerhöhungen. Allein diese Überschlagsrechnung führt vor Augen, dass der durchschnittliche Haushalt diese Preiserhöhungen aus eigener Tasche tragen kann. Der Versuch des Inflationsschutzes bleibt vor allem dann reizvoll, wenn man der Illusion unterliegt, dass die oben erwähnten Massnahmen gratis seien. Die höhere Belastung durch die Inflation kann aber nicht einfach aus der Welt geschafft, sondern nur umverteilt werden. Jemand bezahlt immer. Zudem erfüllen steigende Preise eine wichtige Lenkungsfunction. Sie signalisieren Knappheit und lösen entsprechende Sparreize aus. So macht es keinen Sinn, einerseits Kostenwahrheit beim Energiekonsum zu verlangen, um die Energiepreise voranzutreiben, und andererseits mit staatlichen Eingriffen Preiserhöhungen zu verschleiern oder abzugelten.

Allerdings muss man sich bewusst sein, dass der Landesindex der Konsumentenpreise die Teuerung nur für jene Haushalte «korrekt» ausweist, deren Einkommen und Konsum dem Durchschnitt entsprechen. Die Ausgabenstruktur für Haushalte in den verschiedenen Einkommensklassen unterscheidet sich aber deutlich. Haushalte in der Einkommensklasse 4500 Franken geben gut 90 Prozent davon für Konsumgüter aus, darunter für Wohnen und Energie gut ein Drittel und für Nahrungsmittel ca. 13 Prozent. Bei der Einkommensklasse über 12800 Franken beträgt der Konsumanteil nur gut 42 Prozent, Wohnen und Energie 10 Prozent und Nahrungsmittel 4,5 Prozent. Aufgrund dieser Ausgabenstruktur und des ohnehin beschränkten Budgets haben vor allem die in Armut lebenden Menschen zu Recht das Gefühl, dass für sie die Inflation stärker gestiegen ist, als es die offiziellen Inflationsraten ausweisen. Es ist deshalb aus sozialpolitischen Gründen angebracht, die von Armut betroffenen und die armutsgefährdeten Haushalte gezielt zu entlasten. In der Schweiz sind gut 8,5 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen, der Anteil der armutsgefährdeten Menschen liegt bei 15,5 Prozent. Für Liechtenstein werden entsprechende Daten im Winter 2022/23 publiziert.



Peter Eisenhut  
Ökonom und Präsident  
der Stiftung Zukunft.li